

## Teufel glaubt nicht an parteiinterne Demonstration

Zum Fall Ortenberg: „Meinung der Offenburger CDU nicht unbedingt identisch mit Kreis- und Landes-CDU“  
Keine Behörden-Zentralisierung in Freiburg — Gespräch mit Staatssekretär Erwin Teufel vom Innenministerium  
Von unserem Redaktionsmitglied Peter Gissler

**Wolfach.** In einem Exklusivgespräch mit unserer Zeitung hat der Staatssekretär im baden-württembergischen Innenministerium der Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Villingen/Wolfach Erwin Teufel (CDU) zu einigen wichtigen Fragen Stellung genommen, die sowohl den Ortenaukreis als auch Offenburg als künftiges Oberzentrum in der Region Südlicher Oberrhein angehen. Der Staatssekretär, der als eine der wichtigen Führungspersönlichkeiten im Kabinett vor allem auch bezüglich der Konzeption zur Verwaltungs-, Kreis- und Gemeindereform gilt, wurde von uns mit der Frage konfrontiert, weshalb die Gemeinde Ortenberg im Offenburger Umland von der Landesregierung selbständig belassen wurde. Eine andere Frage galt den vom Ortenaukreis vorgebrachten Einwendungen zur Auflösung der unteren Sonderbehörden.

Zunächst erklärte der Staatssekretär zu gewissen Pressespekulationen nach dem Herbstfest der südbadischen CDU am vorvergangenen Wochenende in der Offenburger Oberrhein-Halle, daß die der CDU angehörende Verwaltungsspitze der Stadt Offenburg demonstrativ dem Fest ferngeblieben sei, um ihren Unmut über Entscheidungen aus Stuttgart auszudrücken, er glaube nicht an eine solche parteiinterne Demonstration. Ihm als dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Südbaden der CDU hätten glaubwürdige Entschuldigungsschreiben der Offenburger Verwaltung vorgelegen.

Auf unsere Frage, weshalb die Landesregierung im Offenburger Umland in ihrer Schlußkonzeption zur Gemeindereform die doch bau-

lich zu Offenburg tendierende Gemeinde Ortenberg selbständig belassen und daher großen Unmut bei den übrigen eingegliederten Gemeinden, bei der Verwaltung und in den Parteien ausgelöst habe, antwortete der Staatssekretär, man müsse bei der Beurteilung dieser Frage den elementaren Unterschied im Auge behalten, ob eine Gemeinde freiwillig in eine Stadt gehen wolle, oder ob eine Gemeinde, die zu diesem Schritt nicht bereit sei, vom Staat dazu gezwungen werden solle. Bei der durch Gesetz zu regelnden Eingliederung müsse der Gesetzgeber von der Frage ausgehen, ob der entsprechende Zentralort eine Umlandgemeinde zwingend benötige. Diese Frage habe man im Kabinett hinsichtlich der Gemeinde Ortenberg verneint. Ortenberg habe die vorgesehene Einwohnermindestzahl von 2000, die für einen Teilverwaltungsraum Voraussetzung sei, die Gemeinde habe eine eigene Struktur. Die bauliche Entwicklung einer Gemeinde zu einer Stadt hin könne für die Regierung kein Kriterium für Eingemeindungsvorschriften und Entscheidungen sein.

Auf einen entsprechenden Hinweis, daß die Entscheidung der Regierung vor allem in Kreisen der örtlichen CDU Unbehagen ausgelöst habe, antwortete Staatssekretär Teufel, er wisse dies, müsse jedoch auch sagen, daß die Meinung der Offenburger CDU nicht unbedingt identisch sei mit der des Ortenaukreisverbandes und der Landes-CDU. „Offenburg ist nicht schlechter bedient worden als andere Städte auch“, sagte Teufel und wies darauf hin, daß die selbständige Gemeinde Ortenberg mit der Stadt Offenburg einen gemeinsamen Flächennutzungsplan habe und mit der Stadt in einer Verwaltungsgemeinschaft verbunden sein werde.

Bekanntlich hat der Ortenaukreis eine Stellungnahme zur Gemeindereform nach Stuttgart

erschwert Entwicklung Offenburgs zum Oberzentrum hingewiesen wird. Auf diesen Vorhalt hin erklärte der Staatssekretär, daß die Anhörungsergebnisse derzeit von der Landesregierung geprüft würden und er sich daher nicht detailliert zu diesem Problem äußern wolle. Soviel könne jedoch bereits jetzt gesagt werden, daß wenig neue Behörden nach Freiburg kämen. In Offenburg und im Ortenaukreis verblieben wichtige zum Teil regionale Behörden und die Stadt bleibe damit Behördenzentrale. Es gäbe viel gravierendere Fälle als Offenburg, und die entsprechenden Stellungnahmen der Kreisverwaltungen des Landes hätten alle denselben Tenor. Dennoch sicherte der Staatssekretär eine wohlwollende Prüfung der Anliegen des Ortenaukreises zu. Er habe sich stets für eine Region Mittelbaden stark gemacht, sei aber nicht durchgedrungen. Nachdem diese Region dann nicht zustande gekommen sei, habe man den Ortenaukreis flächenmäßig so groß geschaffen wie eine Region. Es könne keinen Zweifel darüber geben, daß der jetzt flächengrößte Kreis des Landes Baden-Württemberg, der Ortenaukreis, seine spezifischen Probleme habe, die mit besonderer Sorgfalt zu prüfen seien.

## Konstruiertes Alibi an Liegestuhl gescheitert?

Zwei Hamburger wegen Fahrzeugdiebstahls zu Freiheitsstrafen verurteilt

**Offenburg (em).** „Mein Mann liegt am Samstagnachmittag nicht im Liegestuhl“, erklärte eine Werkmeisters-Gattin aus dem Harmersbachtal vor dem Offenburger Schöffengericht, „höchstens sonntags!“ Das vom Werkmeister bestätigte „Samstags nie!“ erschütterte ein Alibi, das zwei Angeklagte aus Hamburg konstruieren wollten, um sich vom Verdacht eines Fahrzeugdiebstahls zu befreien. Ein 37 Jahre alter Hafenarbeiter und ein 28jähriger Kellner hatten sich während eines Schwarzwald-Urlaubs im Hause des Werkmeisters einquartiert. Bei einem Ausflug ins Renchtal stahlen sie — so jedenfalls sah es das Schöffengericht als erwiesen an — am letzten Samstag im Juni einen als Campingwagen eingerichteten Kombi eines englischen Ehepaares, das auf dem Löcherwasen einen Spaziergang unternahm.

Der Kombi wurde am Sonntag von Spaziergängern in einer Waldschneise zwischen Bad Griesbach und der Alexanderschanze entdeckt. Neben mehreren Gegenständen fehlten Reisechecks und der Reisepaß des Engländers. Von den Dieben fehlte zunächst jede Spur. Als über den Diebstahl in der Zeitung berichtet wurde, meldete sich ein Beerenleser aus dem vorderen Renchtal bei der Polizei: Ihm sei am Samstag in jener Gegend ein Fahrzeug aus Hamburg aufgefallen. Der Mann konnte genau Typ und



### Nur diese Plakette gilt

Seit Mittwoch läuft wieder die diesjährige Internationale Kfz-Beleuchtungs-Aktion. Mit diesem Tage setzen auch in allen Bundesländern verstärkte polizeiliche Kontrollen der Kraftfahrzeug-Beleuchtungsanlagen ein. Die Deutsche Verkehrswacht, unter deren Federführung die Aktion steht, hat festgestellt, daß eine Reihe von Kraftfahrern irrtümlich annimmt, die in den Werkstätten und an den Prüfkiosken von Bosch, Osram und des ADAC ausgegebenen Plaketten hätten jeweils zwei Jahre Gültigkeit. Die Polizei erkennt jedoch in diesen Tagen nur die abgebildete Plakette an, die seit fünf Wochen erhältlich ist und auch weiterhin bei Beleuchtungsprüfungen abgegeben wird.

## Wieder versuchter Überfall im Renchtal

**Oberkirch.** An der sogenannten „Steinernen Brücke“ zwischen Oberkirch und Ringelbach versuchte am Donnerstag gegen 19.30 Uhr ein unbekannter Mann, wie die Kriminalpolizei Offenburg mitteilt, eine Radfahrer bei völliger Dunkelheit zu überfallen. Auf die Hilferufe des Mädchens hin wurden Anwohner aufmerksam. Der Täter flüchtete. Der Mann dürfte seinen Pkw in einem einmündenden Feldweg bei der „Steinernen Brücke“ geparkt haben. Ohne Licht fuhr er, wie weiter mitgeteilt wird, in Richtung Oberkirch davon. Auf diesem Teilstück kam ihm ein Pkw-Fahrer entgegen, der den Mann in dem unbeleuchteten Fahrzeug gesehen haben muß. Die Kripo bitte diesen Zeugen, sich umgehend

Reifen eines Hamburger Personenwagens aufmerksam wurden. Sie stoppten das Fahrzeug, an dessen Steuer ein Mann mit einem Führerschein aus dem Jahre 1959 saß. Da den Beamten eine nähere Überprüfung der Papiere zweckmäßig erschien, wurden die beiden Fahrzeuginsassen zum Polizeiposten nach Bad Peterstal gebracht. Als die Polizei beim Hafenarbeiter eine Leibesvisitation vornahm, fand sie nicht nur den Paß des bestohlenen Engländers, sondern auch — in der Unterhose versteckt — die